

kette 130

mitteilungen des instituts für
vergleichende irrelevanz



inside

editorial _3

bausteine zu einer theorie des eventionalismus _5

**demokratische oder autokratische hochschule
zum entwurf der neufassung des hessischen hochschulgesetzes
von alex demirovic** _7

**gruppe UNLiKE. unabhängige linke über die formen des
protests** _14

**resolution und forderungen der besetzerInnen des
vewaltungsgebäudes der uni marburg vom 24.05.06** _16

termine _18

das ivi stellt sich vor _20

ketten130. mitteilungen des instituts für vergleichende irrelevanz

Die gegenwärtigen Universitäts-Proteste treten mit einer Heftigkeit auf, die noch vor wenigen Wochen jenseits unserer Vorstellungskraft lag. Um so mehr begrüßen wir die entschlossenen Demonstrationen und erfolgreichen Verkehrsblockaden als einen Versuch, die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Hessen zu verhindern. Allerdings kosten diese Aktionen sehr viel Zeit und Kraft und lassen kaum Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen, die über die tagespolitische Forderung hinausgehen: Der aktuelle Gesetzesentwurf zur Einführung von Studiengebühren ist Teil einer langen Kette hochschulpolitischer Maßnahmen, die nicht nur einen massiven Angriff auf die postulierte "Freiheit von Forschung und Lehre" darstellen, sondern auch die soziale Selektion in Richtung autoritärer Elitenbildung verschärfen. Diese Entwicklung ist wiederum zu verstehen im Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Restrukturierungsprozesse, die sich auf breiter Front vollziehen (Stichworte sind: Prekarisierung der Lohnarbeit; Um- und Abbau des Sozialstaats; "Globalisierung" der Ökonomie; ...).

Dementsprechend scheint es uns wichtig, die Universität selbst nicht als neutrale Institution, sondern als ein gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen, als einen Apparat mit spezifischen Herrschaftsfunktionen - der aber durchzogen ist von Widersprüchen, die wenigstens bedingt Raum für kritische Theorie zulassen können. In diesem Sinne wäre die unbedingte Forderung nach einem gebührenfreien Studium in einen Zusammenhang mit den Inhalten von Forschung und Lehre zu bringen, in eine Verbindung mit der Kritik der Wissenschaft.

Solche Fragen lassen sich nicht von heute auf morgen beantworten, dazu braucht es vielmehr Zeit und Raum, und beides wird uns mehr und mehr genommen. Die Kämpfe um die Wiederaneignung von Zeit und Raum stehen damit für uns im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, und mit den mitteilungen möchten wir solche Beiträge dokumentieren, die sich mit institutionellen oder außerinstitutionellen Möglichkeiten befassen, dem zu begegnen. Gleichzeitig sehen wir darin einen Anfang, die in der Spontaneität des Protests klaffende inhaltliche Lücke zu bearbeiten und die oben aufgeworfenen Fragen nach der "gesellschaftlichen Universität" zu thematisieren; theoretische Reflexion begreifen wir dabei auch als Form einer politischen Praxis, die zu einer Verstetigung des Protests über das Sommersemester hinaus beitragen könnte.

Die jeweiligen Beiträge sollten für sich selbst sprechen - in der Auswahl des 2004 erstmals veröffentlichten Artikels von Alex Demirovic als dem wesentlichen inhaltlichen Beitrag kommt aber ein Dilemma zum Ausdruck, das u.E. symptomatisch für die gegenwärtige Situation ist, und das wir hier kurz erläutern wollen.

Zum einen scheint es nicht ganz zeitgemäß, einen Artikel zu veröffentlichen, der vor der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) verfasst wurde und sich auf einen besonderen Aspekt dieses Gesetzes konzentriert; stattdessen erschiene es naheliegend, einen allgemeinen Rückblick auf die hochschulpolitische Entwicklung der letzten Jahre (und Jahrzehnte) zu geben, deren konkrete Auswirkungen auf die Inhalte von Forschung und Lehre aufzuzeigen, sowie die aktuell geplanten Maßnahmen vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Aber gerade die Ermangelung solcher Analysen bildet einen nicht zu unterschätzenden Teil des Ergebnisses dieser Politik: mit der Einführung von Langzeitstudiengebühren wurden massenhaft Studierende aus der Universität gekegelt, die mit ihrem Wissen um die Geschichte vergangener Kämpfe dazu hätten beitragen können, die aktuellen

Auseinandersetzungen in ihrem Zusammenhang zu betrachten. Weiterhin führt die jedem Individuum drohende Entrichtung von Langzeitstudiengebühren dazu, das Studium auf Teufel komm raus fristgerecht zu beenden. Die Inhalte werden damit zunehmend dem Zweck - Abschluß einer Ausbildung - untergeordnet, und es bleibt kaum noch Zeit, sich auf die Bedingungen zu besinnen, unter denen dies geschieht. Dies alles begleitet von der institutionellen und personellen Überlastung der Lehrenden, durch die die Universität immer mehr den Charakter eines Abfertigungsbetriebs erhält.

Unter diesen Bedingungen ist das Wissen um die in dem Artikel "Demokratische oder autokratische Hochschule" angesprochenen Entwicklungen - obwohl eben erst in die materielle Wirklichkeit eingeschrieben - bereits heute nicht mehr präsent. Eine erfolgreiche Intervention in die derzeitigen Gesetzesentwürfe setzt unserer Meinung nach aber deren Kenntnis voraus. Es sei nur darauf hingewiesen, dass die hessische Landesregierung immer wieder auf die "Autonomie der Hochschulen" bei der konkreten Umsetzung der Einführung allgemeiner Studiengebühren verweist. Einen ersten Einblick, welche autoritäre und antidemokratische Züge sich hinter dieser Platitüde verbergen, bietet der Text von Alex Demirovic. Wir hoffen damit, eine Problematik zu erhellen, deren Thematisierung und Bearbeitung wir im Rahmen der aktuellen Proteste für notwendig halten, und die Anhaltspunkte für weitere offene Fragen liefert.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass die Analyse und Kritik des momentan stattfindenden gesellschaftlichen Transformationsprozesses nicht bloß Problemstellung der jeweils Betroffenen sein darf, sondern selbstverständlich u.a. auch Einzug in den offiziellen Lehrbetrieb halten sollte. Eine daran orientierte solidarische Zusammenarbeit zwischen Lehrbeauftragten, Profs und Studierenden - bspw. mittels einer inhaltlichen Zuschneidung bestimmter Seminare auf für den Protest relevante Inhalte - ist längst überfällig. Dies institutionell durchzusetzen ist ein Kampf, der unbedingt geführt werden sollte. Als nachahmenswertes Beispiel bzgl. einer Solidarität zwischen Überbau und drittem Stand der Universität dokumentieren wir eine "durchgesickerte" email des Dekans Nonnenmacher, die in Folge der Senatsbesetzung im Juridicum am 17. Mai an alle Profs und Lehrbeauftragten des FB03 versandt wurde.

so long,
Institut für vergleichende Irrelevanz [Redaktionsgruppe]

Bausteine zu einer Theorie des Eventualismus (nicht von eventuell, sondern von event!)

Also, 1989/90 gab es einen Unistreik, 1993/94 und 2003/04 auch, jeweils verbunden mit einer Turmblockade, dazwischen gab es mindestens eine Turmblockade ohne Unistreik. Die Blockade 1989/90 war zugleich der Beginn eines Streiks, der in seiner Hochphase nahezu das gesamte Bundesgebiet mit einschloß. Soweit zur Geschichte. Festzustellen ist zunächst, daß die ArchitektInnen unseres heißgeliebten Turmes kleine EventualistInnen waren, deren Hauptproblem es ist, als solche nicht gewürdigt zu werden. - Ein Gebäude zu entwerfen, das von nur fünf Leuten unzugänglich gemacht werden kann, im Volksmund: "blockieren", das kann kein Zufall sein!

Nimm: jede Menge Stühle, Tische, usw.; stelle sie in die zwei Treppenhäuser, (geschickterweise so, daß die Türen der Treppenhäuser nicht mehr aufgehen, Ketten tun hier auch gute Dienste), fahre die Fahrstühle nach oben und blockiere die Türen (Nothalt!). Fazit, der Turm kann nur noch mit Gewalt betreten werden, igittigitt. Und jetzt kommt der schwierige Teil: Setze dich mit den Leuten auseinander, die die Blockade Scheiße finden. Das sind:

- Leute, die unbedingt zur Arbeit wollen (StudentInnen, Sekretärinnen, Profs)
 - Leute, die im Examen stehen (das ist einfach. Denn niemand soll am Zugang zu den Abschlußprüfungen gehindert werden. Das für solch gestresste KommilitonInnen eine Ausnahme gemacht wird, ist selbstverständlich. Es geht uns ja grade um eine Verhinderung der Zerstörung von Lebensplanungen!)
 - Alte Aktivistinnen, die früher alles besser gemacht haben (viel kniffliger)
- Soweit zur Gebrauchsanweisung.

Noch ein paar Sachen, auf die ihr Euch gefaßt machen müßt: Es wird Euch niemand mit Gewalt entfernen, auch wenn Ihr faktisch innerhalb dieser BRD einen Raum geschaffen habt, zu dem außer euch niemand Zugang hat. Ganz einfach, weil alle wissen, daß erstens das Ganze nur eine beschränkte Zeit dauern wird (eine Woche oder so) und daß zweitens ein beherzter Räumtrupp den Spuk beenden kann, und weil es drittens ohnehin niemand so richtig kümmert, ob der Turm arbeitet oder nicht.

Neben der rein negativen Aktion des Blockierens wird bald jemand auf die Idee kommen, daß jetzt doch was Positives her muß: Inhalte und so. Presseecho, z.B. bei der FR, wird Euch gewiß sein, die sind nett zu protestierenden Studierenden, waren früher wohl auch mal welche (oder wollten es gerne sein). Laßt Euch von all dem nicht irritieren. Zum einen ist die Chance nicht so klein, daß irgend jemand (meist ein Prof) durchknallt und Gewalt anwendet (bzw. anwenden läßt), zum anderen ist es ja auch gar nicht so schlecht, mal Pressemitteilungen zu schreiben, die jemand liest und anschließend, zumindest ähnlich, drucken läßt. Das mit den Inhalten ist schwieriger, aber Ablehnung allein ist ja auch schon einer, laßt Euch da nichts einreden. Wenn der Turm zu ist, ist das ein Inhalt; der Betrieb, an dem nun wahrlich allerhand zu kritisieren ist, steht still.

Es geht hier nämlich um die Konstruktion eines Ereignisses. Ein Ereignis ist dann da, wenn es in den Medien existiert und/oder wenn es einschneidenden Einfluß auf das Alltagsleben hat. Beides ist über die Turmblockade gegeben. Ereignisse sind Anlässe für die Reaktualisierung bestehender Meinungen. Beispiel: Der Castor fährt irgendwohin, das Schaf Dolly wird geklont. Das alles ist nicht besonders neu, geklont wird seit Jahren und daß die Atomlobby irgendwelchen ekligen Kram durchsetzen will, sollte niemanden verwundern, denn dafür ist sie schließlich da. Auf jeden Fall wird, nachdem beides Ereignis geworden ist, im ersten Fall über die Castortransporte eins bis drei, im letzteren, eben über Dolly, das Schaf, das Ganze diskussionswürdig. In Diskussionen

wird Meinung vertreten, was nicht eben viel bedeutet, im Normalfall wird es auf ein "das habe ich eh schon gewußt, da sieht man's wieder" hinauslaufen, aber immerhin wird sowas wie eine Meinung vertreten. Und das ist der Punkt, an dem angesetzt werden kann, wie gesagt, nicht viel, aber immerhin.

Nun ist zu scheiden zwischen der Konstruktion von Ereignissen a) über die Medien und b) über einen konkreten Eingriff in die Lebenswelt.

zu a) Das mit den Medien ist schon recht schwierig. Zweifellos haben wir es hier mit dem Königsweg zur Ereigniskonstruktion zu tun. Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist es wahrscheinlich soweit gekommen, daß die Leute die Realität in den Medien für mindestens so real halten wie das, was sie täglich umgibt, weil es sie täglich umgibt. Das ist noch kein Problem, dumm ist nur, daß diese Medien sogar für ein bißchen realer gehalten werden, weil sie Kollektives monopolisiert haben. Will sagen, wenn ich in meiner alltäglichen Lebenswelt ein Problem habe oder es sogar mit meinen Freunden und Bekannten teile, dann ist es doch immer noch mein/unser Problem. Wird es "öffentlich" durch die Medien, dann ist es plötzlich ein wirklich relevantes, kurzum ein öffentliches Ereignis. Problematisch ist für eine Theorie des Eventualismus dabei nur, daß diese auch so realen Medien machen, was sie wollen, d.h. das Ganze, also was event wird und was nicht, funktioniert nach deren eigenen Regeln, die wir nicht in der Hand haben und folglich nur minimal beeinflussen können. Ein Beispiel dafür ist der gezielte Einsatz von "Fakes", d.h. die Verbreitung "gefälschter" Flugblätter, Pressemitteilungen, eidesstattlicher Erklärungen, etc. Wer sich für Theorie und Praxis der "Kommunikationsguerilla" interessiert, dem sei ein Buch empfohlen.

zu b) Bleibt davon abgesehen also nur, auf massive Eingriffe in den Alltag zu setzen?

Auch hier wird es nicht einfacher: AktivistInnen stehen nun leider gegen PassivistInnen. Ein Ereignis wird gemacht und erlitten. Bei den Medien ist dieses Verhältnis für uns nicht prekär, da ist klar, daß nicht wir es sind, die es machen. Machen wir eines, sagen wir eine Turmblockade, fügen wir den PassivistInnen, also allen anderen, das Ereignis zu - und schwupp, müssen uns dafür legitimieren ("Wie konntest du mir das antun?"). Das wiederum ist ganz besonders schwierig, weil das Legitimieren von Eingriffen in den Alltag gegen all die Legitimationen für den Alltag bestehen muß, und das sind die, die am heftigsten mit allerlei tiefst im Unwissen verankerten Persönlichkeitsstrukturen verschweißt sind.

Fassen wir an diesem Punkt zusammen: es bleibt schwierig.

Haben wir all das mit Mühen erreicht, der Turm ist zu, wir haben ein Ereignis konstruiert, ein bißchen über die Medien, mehr über massiven Alltagseingriff, was kommt dann? Die diskutieren über die Turmblockade, sie verhalten sich dazu, na und?

Denn jetzt kommt der Höhepunkt und logische Abschluß dieser Zeilen, der zusammengefaßt so lauten könnte: "Deshalb sei der Turm blockiert!"

Durch die "Raumnahme" und dem damit verbundenen Bruch mit dem Alltag ergibt sich die Möglichkeit, tatsächlich einmal darüber nachzudenken, was als nächstes getan werden soll, bzw. einfach das zu tun, was durch die Kraft der vermeintlichen Normalität des Alltäglichen immerzu in der inakzeptablen Sphäre des Absurden und Irrationalen gehalten wird. Es geht um die Gestaltung und Konstruktion von Situationen und Ereignissen, d.h. darum, sich den Turm spielerisch anzueignen und ihn zum Leben zu erwecken (permanente Party!?) und nicht um die passive Betrachtung von alltäglichen Lebensmomenten.

In der Trennung zwischen AktivistInnen und PassivistInnen entsteht, wie angedeutet, bei ersteren ein Legitimationsproblem. Sie entkommen dem nur über Aufgabe und Widerruf des eigenen Tuns, oder über eine eigene Definition des Legitimen. Yes! Es entsteht eine subversive Gemeinschaft, allein aus der kollektiven Einigung auf die

Legitimität von Widerstand gegen das schlechte Bestehende. Und genau das ist das Beste an den letzten Streiks und Blockaden gewesen: Deren jeweilige TrägerInnen wurden nachhaltig für einen guten Teil des studentischen Lebens (manchmal kürzer, manchmal weit darüber hinaus) politisiert und in eine politische Szene hineinsozialisiert. Und deshalb s.o.!

So, das war's, bleibt nur noch anzumerken, daß inzwischen (?) klargeworden ist, daß radikaler Widerstand gegen das Bestehende nicht unbedingt politisch eindeutig ist. Für den Turm scheint derzeit allerdings nicht die Gefahr zu bestehen, daß ihn Leute mit einer autoritären Option blockieren. Sollten sie das dereinst tun, ist hier fürs Erste eh' alles verloren.

Demokratische oder autokratische Hochschule Zum Entwurf der Neufassung des Hessischen Hochschulgesetzes

Alex Demirovic

Wir leben in einer Demokratie. Später einmal wird man fragen, ob wir an die Demokratie glaubten - so wie wir heute fragen, ob die Griechen an ihre Götter glaubten. Welche Bedeutung haben wohl solche Überzeugungsformeln wie Demokratie, die wir wie eine Monstranz vor uns hertragen? Wo ist die Demokratie? Nicht in den Unternehmen, ein wenig in den Parteien, gering in den Fraktionen des Parlaments, nicht in der Regierung, der Verwaltung, der Polizei, der Bundeswehr. Nicht in den Schulen, auch nicht in den Universitäten, dem Ort der modernen Gesellschaft, wo aufgrund grundgesetzlicher Verbürgung Freiheit, Meinungsäußerung, Kritik institutionalisiert sein sollen. Nun belehrt der Entwurf zu einem neuen hessischen Hochschulgesetz auch diejenigen eines besseren, die vielleicht noch Illusionen gehabt haben mochten. Illusionen, die sich einstellen konnten, nachdem durch die studentische Protestbewegung der 1960er Jahre die damaligen technokratischen Hochschulreformbemühungen aufgehalten worden waren und ein leichtes Lüftchen demokratischen Engagements und wissenschaftlicher Innovation die Rockschöße der Talare ein wenig anhub. So konnte eine kurze, unerwartete Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen stattfinden, die sich gegenwärtig so sehr bemühen, ihrem Gravitationsgesetz zu entsprechen und wieder zu den Förderanstalten willfährigen Untertanengeists zu werden, die sie so viele Jahrzehnte während des 19. und 20. Jahrhunderts waren.

Ohne Zweifel, die Lage der Hochschulen schreit nach Reformen, denn die weniger als halbherzige Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen hat eigene negative Folgen hervorgebracht. Zu beklagen ist das numerische Missverhältnis zwischen Lehrenden und den Studierenden, das dadurch entstanden ist, dass die Zahl der Hochschullehrer nur in ganz geringem Maß mit der Zahl der Studierenden gewachsen ist. Die Lehrenden ersticken unter den Belastungen von Gremienarbeit, Verwaltung, Prüfung, Betreuung, Einwerbung von Drittmitteln, überfüllten Seminaren. Eine gründliche Vorbereitung der Lehrveranstaltungen ist kaum noch möglich, eigene wissenschaftliche Arbeit wird zur Utopie, die sich erst mit der Rente wird verwirklichen lassen. Die Studierenden können zufrieden sein, wenn sie im Laufe mehrerer Semester ein kurzes Gespräch mit den Dozierenden haben oder schließlich einen Prüfer finden. Sie

sind nicht geliebt: den HochschullehrerInnen sind sie einfach lästig, weil es so viele sind; sie sollen arbeiten und Geld verdienen, gleichzeitig gut und möglichst kurz studieren; dauert es dann etwas länger, werden sie endgültig eine Belastung des Steuerzahlers: eine Überlast, die es abzubauen und zu bekämpfen gilt, weil hier wie überall der gefährliche "Sozialschmarotzer" lauert, der das Semesterticket oder die Krankenversicherung in Anspruch nehmen will. Die Öffnung der Hochschulen war eine gegen den offensichtlichen Widerstand der Institution. Der Anteil der Studierenden am Altersjahrgang ist in Deutschland mit knapp über 30 Prozent ohnehin geringer als in anderen vergleichbaren Ländern. Darüber hinaus sind die Enttäuschungen unter den Studierenden groß, etwa ein Viertel von ihnen bricht das Studium ab. Die Selektionen finden nicht nur vor der Toren der Universität statt, sondern auch durch die materiellen Zwänge des Erwerbs und durch die Studienmodalitäten, die wenig Freude aufkommen lassen und die Erfahrung der fröhlichen Wissenschaft kaum ermöglichen, ja, nicht einmal dulden. Deswegen freut man sich, wenn es zu öffentlichen Diskussionen über die Entwicklung der Hochschulen kommt - was viel zu wenig geschieht, so als sei das Schicksal der Hochschulen einer an Innovation und Wissen orientierten Gesellschaft gar nicht wichtig. Jeder demokratische Politiker müsste dankbar für eine solche Aufgabe sein, die Reformen an den Hochschulen voranzubringen und sie wieder zu einem Ort der Wissenschaften und der wissenschaftlichen Ausbildung zu machen - gehört es doch zu seinem Metier, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ergebnis seines politischen Handelns zu sehen. Erfreulich ist deswegen, wenn Bundes- und Landesregierungen sowie die Gesetzgeber sich dieses Problems annehmen, Strukturreformen vornehmen und die finanzielle Situation verbessern. Allerdings fallen die Lösungen, die den Politikern einfallen, in hohem Maße inkompetent aus; von mal zu mal wäre man enttäuscht worden - hätte man überhaupt die Erwartung auf gute Lösungen durch die Politik.

Nun möchte die hessische Landesregierung das seit 31. Juli 2000 geltende Hessische Hochschulgesetz (HHG) verändern. Mit einer Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs der Änderungen würde der Gesetzgeber auf zweierlei verzichten. Er verzichtete für die Geltungsdauer des Gesetzes auf die Möglichkeit, die Hochschulen unter demokratischer Kontrolle politisch zu lenken. Denn das demokratische Organ, das Parlament, würde sich entscheiden, einen weiteren Teil seiner Kontrollmacht an die Hochschulen abzutreten. Anstatt also die demokratische Verantwortung zu übernehmen, wird gerade dann, nachdem die Universitäten in ein Desaster hineinregiert wurden, von der Politik in Unverantwortlichkeit geflüchtet. Es heißt Autonomie, aber letztlich sollen die Hochschulen einfach selbst sehen, wie sie zurecht kommen. So wird, zweitens, die Misere verwaltet, indem sie der Hochschulbürokratie überantwortet wird. Denn die Gesetzesänderungen zielen nicht darauf, die Demokratie an den Hochschulen, ihre Handlungsautonomie und ihre Wissenschaftlichkeit zu stärken. Vielmehr verbreitet das Gesetz einen derart undemokratischen, ja antidemokratischen Geist, dass man sich fragen muss, ob das Parlament sich nicht selbst aufgäbe, wenn es einem solchen Entwurf Gesetzesrang gewähren würde.

Erinnern wir uns kurz, was laut HHG in der bestehenden und auch zukünftig gelten sollenden Fassung das Ziel der Hochschulen ist: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste sowie Verwirklichung des Rechts auf Bildung durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat; Vermittlung einer wissenschaftlichen Ausbildung, mithin der Erwerb der Fähigkeit zur selbständigen Anwendung und Entwicklung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen, eines wissenschaftlich-kritischen Denkens mit fachübergreifenden Bezügen; Vorbereitung auf berufliche

Aufgaben, bei denen diese Fähigkeit erforderlich oder nützlich ist; darüber hinaus sollen Hochschulen auch an der sozialen Förderung der Studierenden mitwirken. Der Bezug der wissenschaftlichen Arbeit in Lehre, Forschung und Studium auf den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist also klar und deutlich hergestellt. Selbständiges und kritisches Denken soll gefördert werden. Nun stellt sich die Frage, ob die Hochschulen dies überhaupt können, ob sie als Organisationen und die einzelnen, die hier arbeiten, solche Fähigkeiten vermitteln können. Das HHG beruft sich selbstverständlich auf Artikel 5 des Grundgesetzes, auf die Regelung, dass Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei seien. Doch diese Freiheit nimmt im Detail des Gesetzestextes die eigenartige Gestalt einer besonderen Wissenschaftsauffassung an. WissenschaftlerInnen seien frei, Gegenstand und Methode der Forschung zu bestimmen. Dies wird präzisiert, wenn es heißt, die Freiheit der Forschung umfasst insbesondere die Fragestellung, die Grundsätze der Methodik sowie die Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. Als Wissenschaftler stützt man und fragt sich, wie viel Freiheit durch eine solche Regelung wirklich möglich sein wird. So weiß man ja, dass Bewertung innerhalb der Wissenschaften nach dem Postulat der Wertfreiheit durchaus der Selbstzensur der Disziplinen untersteht. Indem der Gesetzgeber die Freiheiten der Gegenstandswahl und der Methoden einräumt, schützt er wohl einzelne Bereiche wissenschaftlicher Arbeit vor staatlichem Zugriff, isoliert sie aber innerhalb des wissenschaftlichen Gesamtprozesses als einzelne Freiheiten und privilegiert damit bestimmte Wissenschaftsauffassungen und -instanzen, die dann gerade durch solche Unterscheidungen ihre Macht entfalten können. Andere Wissenschaftsverständnisse, die - wie die kritische Gesellschaftstheorie - Methode, Gegenstand, inhaltliche Einsicht und Bewertung nicht trennen wollen, könnten schnell zur Ideologie erklärt werden, für die die Freiheitsgarantie der Wissenschaft dann gar nicht gilt.

Kommen wir zurück zum Wortlaut des Gesetzes. Wenn hier gleichsam unterstrichen wird, dass "insbesondere" Fragestellung, methodische Prinzipien und Bewertung frei sind, wird man sich als Wissenschaftler sofort skeptisch fragen, welche Freiheiten durch diese euphemisierende Hervorhebung des "Insbesonderen" eingeschränkt werden sollen. Das ist der Prozess der Forschungs- und Lehrtätigkeit als ganzer, und es sind vor allem die konkreten Inhalte, die Erkenntnisse, also das, was die WissenschaftlerInnen eigentlich am meisten interessieren sollte. Beides, die wissenschaftliche Bemühung und die Erkenntnisinhalte, kommt dort zusammen, wo das Gesetz von der Organisation spricht. Die Hochschulorgane haben das Recht zu Eingriffen in die Forschung, wo es sich um die Organisation des Forschungsbetriebs, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und um die Bildung von Forschungsschwerpunkten handelt. Diese Eingriffsrechte berühren genau genommen das Wesentliche der Freiheit der Wissenschaft. Denn wenn man frei ist bei der Wahl des Gegenstands und der Methode, dann müssen die WissenschaftlerInnen auch darüber entscheiden dürfen, wie der Forschungs- und Erkenntnisprozess beschaffen ist, der es ihnen erlaubt, auf der Grundlage des gewählten Gegenstands und der Methoden zu wissenschaftlichen Inhalten zu gelangen. Die inhaltliche Wahrheit ihrer Forschung liegt ja nicht im Gegenstand, den man nur einfach einmal richtig - mit der richtigen Brille - betrachten muss. Die inhaltliche Arbeit ist selbst ein langer Prozess von Nachdenken, Einsicht, Diskussion, Publikation. Die wissenschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit sind den Wissenschaftlern ja nicht äußerlich oder gar gleichgültig, sie werden sich ihnen in vielen Hinsichten ihres täglichen Lebens, ihres Denkens und Fühlens verpflichtet fühlen. Sollte ihnen das alles egal sein, dann würde man wohl kaum annehmen dürfen, dass die Hochschule ihrem gesetzesmäßigen Zweck entspreche, nämlich

zum Recht auf Bildung durch Forschung beizutragen. Dann wären auch Zweifel an der Qualität der wissenschaftlichen Einsichten erlaubt - und die lassen sich in der Tat haben, weil so viele Wissenschaftler tatsächlich kaum diesen Titel verdienen. Betrachten wir den Sachverhalt so, dann hängt alles am Charakter der Hochschulgremien, die in die Forschungsorganisation eingreifen dürfen. Solche Eingriffe wären dann legitim, wenn es sich um Selbsteinwirkungen handelte, wenn also die an der Forschung und Lehre Beteiligten (als Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studierende) sich bemühen, für ihre Arbeit eine bessere Organisationsform zu finden. Das entspräche dem Bemühen der Wissenschaften, in Forschung und Lehre fachübergreifend kritisch und selbstständig zu denken und ein solches Denken zu fördern. Damit würde aus dem Innern wissenschaftlicher Erfordernisse zudem auch dem Selbstverständnis des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates entsprochen: es würden nämlich die Hochschulen sich freiheitlich und demokratisch selbst bestimmen. Dazu bräuchte es stärkere Entscheidungs- und Kontrollorgane als den Senat mit seinen 17 Mitgliedern, von denen neun Hochschullehrer sind. Denkbar wäre eine Versammlung von Fachbereichsvertretungen. Dort, wo die Gremien von WissenschaftlerInnen nur partikulare Interessen vertreten würden, dort, wo die Forschung eine autoritäre und antidemokratische Richtung annehmen würde, könnten ein Hochschulrat - der nicht nach aufgrund des Vorschlags des Präsidiums ausgewählt würde, dessen Aufgabe nicht nur auf die Artikulation der Erwartungen der Berufswelt an die Hochschulen begrenzt wäre, und in dem Personen aus allen gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert wären - sowie MitarbeiterInnen und vor allem Studierende als Korrektur wirken, die mit den Hochschulen nur kurzzeitig verbunden sind. Diese Mitspracherechte der Studierenden als ein wesentliches Element einer demokratischen Hochschulverfassung wurde leider durch die Rechtsprechung verhindert. Ebenso ist auch die Vorstellung, Studierende könnten durch eine Evaluation die Qualität der Lehre und Forschung beeinflussen, zweckentfremdet worden, indem sich die Evaluationsdiskussion in eine ganz andere Richtung entwickelt hat. Evaluiert wird nicht die einzelne Tätigkeit der Hochschullehrer durch die betroffenen Studierenden, sondern die Durchlaufquote von Studiengängen, die Zahl der Abschlüsse, der Umfang der eingeworbenen Drittmittel, die Zahl der Veröffentlichungen von Hochschullehrern. Es entsteht eine gewaltige Evaluierungsbürokratie, die viel Zeit und Geld kostet. Viele Hochschullehrer sind damit befasst, dass sie ständig neu evaluiert werden oder andere evaluieren. Dort, wo die Evaluierung an private Einrichtungen übergeht, wird damit sehr viel Geld verdient, das den Wissenschaften genommen und ihnen fehlen wird. Die Freiheit von Forschung und Lehre hängt also an der Organisation der Hochschulen, und diese Organisation hängt an den Hochschulgremien. Deswegen ist es wichtig, auf die Hochschulgremien einzugehen. Sie stehen im Zentrum des Entwurfs des HHG. In der Begründung des Entwurfs wird der tragende Gedanke klar ausgesprochen. Der Gesetzesentwurf habe zum Ziel, das Hochschulpräsidium und die Dekanate als die operativen Organe der Hochschule zu stärken. Dies sei für den Wettbewerb und das Erfordernis der Profilbildung der Hochschulen erforderlich. Die entscheidende Rolle kommt dem Präsidium zu. Es leite die Hochschule und fördere mit den anderen Organen, den Fachbereichen und ihren Mitgliedern ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung. Was zeitgerecht ist, wird - wie deutlich wurde - nicht autonom durch die WissenschaftlerInnen bestimmt, sondern durch das Gesetz: Wettbewerb und Profilbildung. Das Gesetz überschreitet seine Kompetenz, es nimmt den Hochschulen ihre Autonomie in dem Augenblick, in dem es sie ihnen verspricht und zwingt zu einer bestimmten Ausrichtung, die mit wissenschaftlichen Inhalten nicht viel zu tun hat. Zu diesem Zweck, aber eben nur zu diesem, bekommt das Präsidium

das Recht, über die Entwicklungsplanung der Hochschule zu entscheiden, Zielvereinbarungen abzuschließen, Budgets zuzuweisen und den Strukturplänen der Fachbereiche zuzustimmen. Im Präsidium hat der Präsident die Richtlinienkompetenz. Er hat aber darüber hinaus auch deswegen eine stärkere Position, weil er eine Amtszeit von sechs Jahren hat, die Vizepräsidenten nur für fünf. Gewählt werden diese zudem aufgrund des Vorschlags des Präsidenten. Der Präsident kann sich demnach nach seinen Vorstellungen ein ihm genehmes Entscheidungsgremium zusammensetzen. Er entscheidet am Ende unkontrolliert und ohne institutionelle Gegengewichte über das, was als profiliert, was als wettbewerbsfähig gilt.

War die Entwicklungsplanung bislang noch eng an den Senat gebunden, dem gegenüber der Präsident einmal im Jahr rechenschaftspflichtig ist - und der ihn abwählen könnte, was aber wenig wahrscheinlich ist -, so wird dies nun geändert. Denn bislang schlug das Präsidium dem Senat die Einführung und Aufhebung von Studiengängen vor. Dies darf es nun aus eigener Machtvollkommenheit: "Das Präsidium entscheidet nach Anhörung oder auf Vorschlag der Fachbereiche und nach Stellungnahme des Senats über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen." (Entwurf HHG § 42 Abs. 5) Das Präsidium und der Präsident werden ermutigt zu entscheiden. Sie sollen sicherlich vorher noch konsultieren. Doch im Prinzip können sie, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, Studiengänge errichten oder beseitigen. Das aber bedeutet, dass die Freiheit der Wissenschaft in einem ganz grundlegenden Sinn durch Organisation und Verwaltung eingeschränkt, wenn nicht beseitigt wird. Denn der Studiengang ist ja der konkrete Ort, an dem sich die Freiheit der Lehre und Forschung vollziehen muss. Was nutzt es den WissenschaftlerInnen, wenn sie ihren Gegenstand frei wählen können, dieser aber aufgrund veränderter Profilierungsstrategien des Präsidenten organisatorisch nicht mehr gewünscht wird. Damit dies noch reibungsloser möglich ist, wird das Gewicht der fachlichen Gesichtspunkte bei der Wahl eines neuen Professors verringert. Denn die Berufungskommission, die im Prinzip nach fachlichen Gesichtspunkten entscheiden sollte, wird nun nicht mehr von den Dekanaten der einzelnen Fachbereiche allein, sondern "im Einvernehmen mit dem Präsidenten" eingesetzt. Der Präsident kann nun also durch die Auswahl der Kommissionsmitglieder steuern, welche inhaltlichen Schwerpunkte und wissenschaftlichen Kriterien besondere Relevanz erlangen. Die Rangeleien und Intrigen unter den Wissenschaftlern, die ohnehin irrational genug sind, können nun noch überlagert werden durch die Machtbestrebungen des Präsidenten und die Liebedienerei nach oben. Die Dekane ihrerseits werden wahrscheinlich dem Wunsch des Präsidenten keinen großen Widerstand entgegensetzen, denn der Dekan wird in Zukunft "auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin" aus dem Kreis der dem Fachbereich angehörenden ProfessorInnen gewählt. Der Präsident, hier wird es ausdrücklich gesagt, erhält also die enorme Kompetenz, noch bis in den für die wissenschaftliche Autonomie sensibelsten Bereich, die Berufung und damit die faktische Wissenschafts- und Forschungsentwicklung, administrativ hineinzuregieren. Über den von ihm abhängigen Dekan und im Einvernehmen mit diesem kann der Präsident unmittelbar auf die personelle Zusammensetzung einer Kommission Einfluss nehmen und damit sicher stellen, dass von vornherein keine ihm möglicherweise missliebigen Kandidaten aufgestellt werden. Sollte eine Kommission aufgrund fachlicher Überlegung einen Wissenschaftler auswählen, der dem Präsidenten nicht als zeitgerecht erscheint, also als jemand, der nicht in das Profil passt, das er für seine Hochschule vorgesehen hat, dann hat er das letzte Wort der Entscheidung. Denn das Recht zur Berufung eines Professors wird in Zukunft nicht mehr beim demokratisch gewählten und kontrollierten Minister, sondern

beim Präsidenten liegen, der weder öffentlich noch in der Hochschule kontrolliert ist. Schließlich öffnet ihm noch eine weitere Regelung ein erhebliches Maß an Recht und Willkür. Das Präsidium entscheidet über die Leistungsbezüge der Professorinnen und Professoren. Dies aber bedeutet, dass die Präsidenten am Ende mit dem Mittel des Geldes signalisieren können, wen sie im Interesse der Universität für wichtig oder wenig wichtig halten. Dass dies schnell zu Mobbing oder Gesinnungsterror führen kann, indem Präsidenten die Höhe der Einkommen von Professoren als ein Instrument zur Regulierung von deren Willfährigkeit nutzen, liegt auf der Hand.

Die neuen Regelungen der Organisation der Hochschulen ändert ihre Struktur und das Wissenschaftsklima grundlegend. Alle relevanten, das Wissenschaftsleben betreffenden Entscheidungen werden von einer zentralen Stelle aus getroffen. Es handelt sich um ein Top-down-Modell, das die Mitsprache von Wissenschaftlern nicht mehr vorsieht. Dies gilt auch und vor allem für den Bereich, der ihre Arbeit unmittelbar berührt.

Organisationsveränderungen, die aus dem wissenschaftlichen Prozess, aus der wissenschaftlichen Diskussion angestoßen werden könnten, sind nahezu undenkbar. Verstärkt wird dies zum einen durch die Modularisierung der Studiengänge und zum anderen durch Leistungsverträge zwischen den HochschullehrerInnen und Präsidien. Entscheidend wird der Wille einer Person, des Präsidenten, der seinerseits vom Gesetzesentwurf auf im wesentlichen unwissenschaftliche Kriterien verpflichtet wird: Zeitgerechtheit und Wettbewerb. Doch in der Unbestimmtheit dieser Kriterien, die keiner demokratischen Kontrolle und keiner Diskussion unterliegen, sondern wie ein Naturgesetz die Politik, die Öffentlichkeit und nun auch noch die Wissenschaften beherrschen, kann sich der Opportunismus gegenüber herrschenden Trends und Moden, die Willkür und die Infamie kleingeistiger und despotischer Hochschulleitungen entfalten. Die Hochschulen werden zu Modellen praktizierten Autoritarismus, zu öffentlich finanzierten Einrichtungen, denen übergreifendes, kritisches Denken, denen die demokratische Haltung ausgetrieben wird. Jeder auf wissenschaftliche Argumente gestützte Dissens hinsichtlich der Gliederung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre muss sofort mit einer Serie von Sanktionen rechnen: Aberkennung von Leistung oder gar Beseitigung von Studiengängen, mithin also des eigenen Fachgebiets. Das ist der Einzug der Autokratie in eine öffentliche Einrichtung, die als Teil des demokratischen Rechtsstaats selbst auf demokratische Prinzipien verpflichtet sein sollte. Das ist die Beseitigung von Wissenschaftlichkeit im Namen des Wettbewerbs.

Das alles sind keine vagen Befürchtungen für die Zukunft, sondern wird schon praktiziert. Hier wird es gesetzesförmig ausbuchstabiert. Missliebige, randständige, für irrelevant gehaltene Studiengänge werden geschwächt oder geschlossen, weil sie angeblich nicht ins Profil einer wettbewerbsorientierten Hochschule passen, die Leistungen von Hochschullehrern oder Fachbereichen bei der Einwerbung von Drittmitteln werden von den Universitätsleitungen einfach manipulatorisch ignoriert. Nun könnte man ja einwenden, dass die Hochschulen sich dank der Initiative des Gesetzgebers selbst lenken werden, weil die Hochschulleitung aus Wissenschaftlern besteht, die doch sicherlich das Beste wollen. Das ist allerdings gar nicht sicher, weil ja die Stelle des Präsidenten öffentlich ausgeschrieben werden kann. Dabei ist nicht vorgesehen, dass es sich bei den Bewerbern um Wissenschaftler handeln muss. Darüber hinaus muss man auch die Wirkungen vor Augen haben, die die Logik des Amtes auf die Amtsträger haben. Werden es solche sein, die mit großem Weitblick, gelehrsamer Neugierde und Diskussionsbereitschaft, wissenschaftlicher Liberalität und persönlicher Großzügigkeit für die Sache der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre eintreten werden?

Werden es jene Leader sein, die nach den neuen Managementmethoden nicht mehr autoritativ befehlen wollen, sondern in Netzwerken agieren, die Diskussion suchen und

mit Visionen durch Konsens führen und Initiative anregen? Wenn es schon keine Demokratie an den Hochschulen gibt, dann möchte man wenigstens an den guten und kompetenten Herrscher glauben. Aber wie schon auf anderen Feldern wird eine solche Hoffnung wohl auch an den Hochschulen enttäuscht werden. Solche nahezu unkontrollierten Machtbefugnisse schaffen sich in der Regel ihr eigenes "Menschenmaterial" - wie es Max Weber genannt hätte. Die Machtfülle muss jeden überfordern und korrumpieren und zu der Raserei und dem Wahn führen, alles durchzusetzen, was der eigene Wille und die Laune eingibt. Die Erfahrungen mit einigen Hochschulen zeigen, dass Präsidenten oder Rektoren bereits jetzt, wo Machtkompetenz noch nicht so groß ist, die Neigung haben, sich von den Gremien, den Kollegen und der eigenen Verwaltung abzukoppeln und ihre Hochschulen absolutistisch wie Duodezfürstentümer zu leiten. Durch kein Organ wirklich der Kontrolle unterworfen oder korrigiert, können sie es sich leisten, das Ohr nur noch Schmeichlern, Intriganten, Kratzfüßlern zu öffnen. Der neue Sozialcharakter, der dem erwarteten Führungsstil entspricht, zeichnet sich bereits ab: es ist der hartleibige, schneidige Dezisionist, der von sich selbst übermäßig überzeugt, dem Cäsarenwahn verfallende, dem bürokratischen Geist und dem Dünkel der Allkompetenz verhaftete Potentat, der jeden sachlich-kritischen Einwand als Unbotmäßigkeit betrachtet und hinter der Maske höflicher Verbindlichkeit mit kaltem Durchsetzungswillen beantwortet, der anerkennungssüchtig den Großen dieser Welt hinterher läuft, von denen er gebraucht und gleichzeitig wegen seines Eifers belächelt wird. Der Präsident ist alles, die Wissenschaften sind nichts. Der demokratische Gesetzgeber würde also, indem er die Hochschulleitungen derart ermächtigte, nicht nur die Demokratie schwächen. Ebenso schlimm ist, dass auch etwas so Empfindliches wie die kreative und innovative wissenschaftliche Arbeit, die ohnehin an den Hochschulen so sehr bedroht und verhindert wird, durch die zu erwartende Reorganisation der Hochschulen weiteren und nachhaltigen Schaden nehmen würde. Nicht Hoffnung auf die guten Hochschulleiter, sondern Hoffnung auf die Rationalität der Wissenschaften bleibt, dass sie nämlich, die schon so viele autoritäre Zumutungen überstanden und überwunden haben, sich auch gegen diese behaupten werden.

Gruppe UNLiKE. Unabhängige Linke über die Formen des Protests

Liebe Studierende, Liebe Aktivistinnen und Aktivisten,

in unserer dritten Woche im Kampf gegen Studiengebühren können wir bereits auf zwei Großdemonstrationen in Frankfurt zurückblicken, bei denen wir den Straßenverkehr in der gesamten Innenstadt lahmgelegt haben. Bislang gab es eine Menge ermutigende Solidarität in der Öffentlichkeit - insbesondere der SchülerInnen und der Gewerkschaften -, und auch die Medien berichten ausgiebig über all unsere Aktionen. Nach den hessenweiten Uni-Streiks vor zweieinhalb Jahren ist es eindeutig zu vernehmen: Wir sind wieder da!

I.

Aber: Die Wirksamkeit unseres Protests steht und fällt nicht nur mit dem Zuspruch der Öffentlichkeit, sondern vor allem mit dem Zuspruch und der Beteiligung, die wir von unseren Kommilitoninnen und Kommilitonen erhalten, die bisher noch nicht am Protest teilgenommen haben. Denn der Erfolg unserer Protestbewegung steht und fällt mit der "Ausbreitung nach innen". Wenngleich wir zu diesem Zeitpunkt noch keine definitive Entscheidung treffen müssen und sollten, stellt sich eine Frage immer dringlicher: Wie geht es nun weiter mit der Bewegung gegen Studiengebühren und die Ökonomisierung der Bildung?

Aus unserem letzten Uni-Streik vor zweieinhalb Jahren haben wir gelernt, dass sich bestimmte Protestformen nicht gleich zu Beginn abstrakt und zentral auf einer Uni-weiten Vollversammlung beschließen lassen - selbst wenn es sich dabei um das richtige Mittel handelt. Es ist die falsche Alternative zwischen einer vorweg festgelegten Position, die einen Streik ohne Mehrheit forciert, und einer, die sich weigert, auch nur über das Streiken nachzudenken.

Weitergehende Protestformen, die in den nächsten Wochen nötig werden, müssen von unten kommen: aus Vollversammlungen der Institute und Fachbereiche oder im Zweifelsfall aus dem Seminar. Anstatt auf die Interessenvertretung zu setzen und in der Haltung eines teilnehmenden Beobachters zu erstarren, gilt es, selbstbestimmt zu handeln. Diese Vollversammlung kann für uns nur der Aufruf zur Selbstorganisation sein. Also gründet lokale Foren, auf denen diskutiert, überzeugt und geplant werden kann - was in dem hiesigen Rahmen nur bedingt möglich ist. Jede weitergehende Aktionsform muss vor Ort nach den gegebenen Bedingungen bestimmt werden.

II.

Doch damit rückt ein neuerlicher Streik keineswegs in weite Ferne. Denn im Gegensatz zum Betriebsstreik ist der Unistreik nicht die ultima ratio, er ist nicht einmal der Protest selbst, denn er erwirkt keinen ökonomischen Schaden. Streik an der Uni ist nicht mehr und nicht weniger als die Grundlage für wirksamen Protest: Wirksamer Streik an der Uni heißt notwendig "aktiver Streik"! Denn erst wenn der Druck genommen ist, dem Studienalltag Rechnung tragen zu müssen - samt Hausarbeiten, Scheinerwerb, Teilnahmelisten etc. - erst dann kann aus unserem Protest der heiße Sommer werden, der so vielfach beschworen wurde und der dieses Studienbeitragsgesetz zu Fall bringen soll.

Es wäre äußerst verlogen, von einem Streik zu reden, ohne die damit verbundenen Vorbehalte und Ängste zu erwähnen. Niemals zuvor ist es so legitim und für viele so

notwendig gewesen, auch in Zeiten des Protests Scheine zu machen. Und nicht selten sind diejenigen, die sich am meisten engagieren, am Ende die Leidtragenden. Doch wenn es ein Gegenmittel gibt, sich nicht von jener Ohnmacht überwältigen zu lassen, dann eine kollektive und selbstbestimmte politische Bewegung: Die Neunziger, die Zeit des individuellen Durchwurstelns, in dem unsere so genannte Generation Praktikum so unglaublich geübt ist, diese Zeit ist vorbei: Ab heute wird gemeinsam zurückgeschlagen! Springt über den Schatten der Vereinzelung!

Und das geht so: Statt Scheinerwerbsangst, fordert in euren Seminaren und Vorlesungen Freischeine für aktives Streiken, statt dem gängigen Vorlesungsprogramm und dem Warten auf das Vorbeiflatern der Anwesenheitsliste veranstaltet mit oder ohne DozentInnen eigene Diskussionsveranstaltungen. Denn "aktiver Streik" schließt unbedingt den Raum für Theorie mit ein, aber für eine Theorie, die anders gemacht wird und anders ist. Statt Beamtengejammer fordert von euren Profs klare Stellungnahmen zur Studienfinanzierung - und zwar unabhängig davon, ob sie dafür oder dagegen sind. Denn eine ehrlich asoziale Meinung ist für unsere Kämpfe immer noch brauchbarer als die Verweigerung, endlich Stellung zu beziehen. Und last but definitely not least: statt dem ewigen Studentenwerkskaffee vielleicht einfach mal am Abend an der Uni sein und eine spontane Streikparty feiern - zum einen, weils schön ist, und zum anderen, weil wenn überhaupt, dann ist die Party der Ort, an dem die Politik der Vereinzelung (und nichts anderes bedeuten Studiengebühren) aufgebrochen werden kann.

Damit es nicht falsch verstanden wird: Weder hier noch heute soll ein Streik beschlossen werden. Es geht lediglich darum, sich nicht voreilig auf eine Form festzulegen, sich nicht zu versteifen und entspannt zu bleiben. Der Streik ist nicht nur für uns selbst das Schreckgespenst, das alles erschwert, sondern auch für die Uni-Leitung und die Landesregierung. Er wird uns immer wieder heimsuchen, weil der Streik die Schwere des Alltags nimmt und die Protestbewegung ins Rollen bringt.

III.

Immer wieder beschwerten sich Leute darüber, dass unsere Aktionen nicht ausreichend koordiniert seien und insgesamt zu heterogen blieben. Doch wirksam ist eine Protestbewegung gerade dann, wenn sie in ihrer ganzen Bandbreite und mit allen Unterschieden und Widersprüchen erfahrbar wird; wenn sie ein Stück weit unberechenbar bleibt - das haben unsere Straßenblockaden doch gezeigt. Nicht der Zwang zur Einheit, sondern nur die Einheit in der Differenz kann etwas bewirken! Und zu jener Bandbreite gehören eben auch Gebäudebesetzungen. Nicht, dass dies das Mittel schlechthin sei, aber wir müssen auch das wenigstens in Betracht ziehen. Denn eine weitere Lehre aus dem letztmaligen Streik - dem Sammelsurium "bunter Aktionen" und Petitionen - ist die Tatsache, dass, wenn wir nicht mit Sonntagsreden abgespeist werden wollen, wir Politik und Öffentlichkeit ein paar Stöckchen zwischen die Beine schmeißen müssen, um sie aus ihrem Alltagstrott rauszuholen: Unser Erfolg hängt letztlich davon ab, wie entschieden und radikal unser Protest artikuliert wird. Und das hat nichts mit Verbalradikalismus wider die demokratisch sanktionierten Institutionen zu tun, das Beispiel Frankreich, das schon öfters zitiert wurde, zeigt doch gerade, dass bei denen Demokratie bisweilen mit Barrikaden erkämpft wird, während man hierzulande noch auf den Staat und Kolumnen von Eva Hermann vertraut! Deshalb heißt unsere Losung auch weiterhin:

Für französische Verhältnisse! Für einen anständigen Aufstand!

Resolution und Forderungen der BesetzerInnen des Verwaltungsgebäudes [der Uni Marburg] vom 24.05.06

RESOLUTION DER BESETZERINNEN UND BESETZER (24.05.06)

Die Besetzung der Universitätsverwaltung richtet sich gegen alle Formen von Studiengebühren, deren Einführung wir als Teil des Sozialabbaus begreifen. Diese Art des Protestes ist eine von vielen Möglichkeiten sich gegen die Einführung von Studiengebühren zur Wehr zu setzen. Bildung wird zukünftig nicht mehr als öffentliches Gut angesehen, was eigentlich demokratische Gesellschaften mit Chancengleichheit kennzeichnen sollte. Somit wird Bildung Marktgesetzen unterworfen und zur Ware gemacht.

Dies ist als ein Baustein der neoliberalen Umstrukturierung weltweit anzusehen. Das noch nicht novellierte GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) ist ein internationales, multilaterales Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO), das den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regelt und dessen fortschreitende Liberalisierung zum Ziel hat. Derzeit also noch öffentliche Güter wie Wasser, Gesundheit oder eben auch Bildung, werden nach diesem Abkommen zu handelnde und einzukaufende Dienstleistungen sein. Die Einführung von Studiengebühren sehen wir auch in diesem globalen Zusammenhang. Nicht nur in Deutschland werden gerade die Hochschulen nach Marktkriterien umstrukturiert. Wir leben in einer Gesellschaft, die zunehmend auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet wird. Im Bildungssektor wird das von ökonomischen Interessen unabhängige Forschen und Lehren langfristig nicht mehr möglich sein. Leistungsdruck, Beurteilungszwang, Ausgrenzung und Diskriminierung durch soziale Selektion und Zugangsbeschränkungen beherrschen sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft. Auch Bildung wird dieser Umstrukturierung zunehmend unterworfen. Noch weniger als bisher, wird kritisches Denken und Forschen möglich sein. Durch Studienzeiterkürzung, permanenten Prüfungsdruck und Effizienzsteigerung sollen z.B. Studierende möglichst schnell dem freien Markt zur Verfügung gestellt werden - Bildungsinhalte sollen geschluckt und nicht hinterfragt werden. Eine breite Bildung, die auch Persönlichkeitsbildung beinhaltet, bleibt auf der Strecke. Studiengebühren sind ein weiteres Instrument, um diesen Prozess zu unterstützen. Sie treffen darüber hinaus in besonderem Maße Frauen, Menschen aus finanziell benachteiligten Familien, und Menschen ohne deutschen Pass. Mit Studiengebühren werden Frauen wesentlich länger davon betroffen sein, aufgrund ungleicher Lohnverhältnisse, Studienfinanzierungskredite abzuzahlen. Kinder aus finanziell schlechtergestellten Familien sind schon jetzt, wie PISA- und OECD-Studien zeigen, strukturell benachteiligt. Sie sind auf jeden Fall auf BAföG angewiesen und zu diesen Schulden summieren sich die Schulden für das Studium. Menschen aus Nicht-EU-Staaten sind besonders stark diskriminiert durch die bereits bestehende Ausländergesetzgebung und müssten zusätzlich noch den dreifachen Betrag an Studiengebühren bezahlen. Dabei ist nochmals hervorzuheben, dass Studiengebühren die Bildung nicht pauschal verbessern, sondern abzusehen ist, dass das Geld nur den Fachbereichen zugute kommt, die als "konkurrenzfähig" angesehen werden. Studiengebühren konterkarieren also ökonomisch unabhängige Bildung. Wir verstehen diese Besetzung als Teil des vielseitigen Protestes gegen Bildungs- und Sozialabbau. Wir sind hier, weil wir Druck aufbauen wollen und die Verwaltung das Herzstück der Universität ist. Dies hier ist der Ort, an dem der neoliberale Konsens abgenickt wird. Mit unserem Widerstand hier wollen wir

am richtigen Ort ein Zeichen setzen, um uns zu organisieren. Wir wollen zeigen, dass es uns ernst ist. Wir setzen uns ein für eine basisdemokratische Autonomie, die es zu verwirklichen gilt. Um unsere Forderungen stärker zu untermauern, bedarf es einer intensiveren inhaltlichen Auseinandersetzung und Solidarisierung aller. Und genau alle sind gemeint. Das ist nur der Anfang: Es kann nicht nur darum gehen, gegen Langzeit- und allgemeine Studiengebühren zu wettern; Kritik und Aktion sollten weitergehend Sozialabbau thematisieren und dieser Kritik in Protestformen Ausdruck verleihen. Eine erste Plattform ist hiermit gefunden. Wir sind im Verwaltungsgebäude, weil wir uns nicht nur verwalten lassen wollen, sondern unser Leben selbst in die Hand nehmen. Wir nutzen diese Möglichkeit, Freiräume zu schaffen, um unsere Arbeit unter basisdemokratischen Grundsätzen zu strukturieren und weitere Aktionsformen und Proteste zu organisieren. Wir fordern vom Präsidium: - Volker Nienhaus soll sich öffentlich für die Meinung der Studierenden und des Senats einsetzen und sich gegen Studiengebühren aussprechen und diese versuchen zu verhindern - Volker Nienhaus soll unsere Interessen und Rechte vertreten und nicht seine Autoritätsbefugnis gegen die Interessen der Studierenden ausreizen. Falls ihm das nicht möglich scheint, soll er sein Amt aufgeben oder für diesen Punkt der Interessensvertretung eine Person aus dem Präsidium oder des Senats bestimmen, die die Position des Senats vertritt. - Zudem soll er öffentlich kenntlich machen, dass es seine Privatmeinung darstellt, die er vertritt und nicht das Abstimmungsergebnis des Senats oder das Interesse der meisten Studierenden an der Philipps-Universität kennzeichnet - Anerkennung der Verwaltungsgebäudebesetzung als berechtigtes politisches Mittel - Die Einrichtung von gebührenfreien und mehr Kindertagesstättenplätzen für die Kinder Studierender - Die Rücknahme der Ökonomisierung der Universität Marburg (u.a. KompetenzClusterModell) - konsequente Demokratisierung der Hochschule (Paritätische Besetzung der StudierendenvertreterInnen, der Lehrenden und Angestellten im Senat; Ausbau der studentischen Selbstverwaltung und ihrer Befugnisse) - eine studentische Repräsentanz im Präsidium - Ersatzobjekt des Collegium Gentium auf dem zukünftigen Campusgelände - im Falle einer Räumung der Besetzung: keine strafrechtliche Verfolgung der Beteiligten, sowie die Garantie alle hinterlassenen (Wert-)Sachen ausgehändigt zu bekommen Wir fordern vom Senat: - den Präsidenten der Universität Marburg abzuwählen, wenn dieser nicht unsere Interessen vertritt - Solidarität mit den Studierendenprotesten - Die Rücknahme der Ökonomisierung der Universität Marburg (u.a. KompetenzClusterModell) Wir fordern von der Landesregierung Hessen: - Rücknahme des Studiengebührengesetzes und des StuGuG - garantierte Lehrmittelfreiheit - Rücknahme der Novellierung des HHG von 2005, dass den Uni-Präsidenten ermöglicht, sich über Senatsbeschlüsse hinweg zu setzen - Rücknahme des Sozialabbaus, der 2003 von der hessischen Landesregierung unter dem Namen "Operation sichere Zukunft" installiert wurde - Rücknahme des Konzepts "Unterrichtsgarantie plus" - konsequente Demokratisierung der Hochschule (Paritätische Besetzung der StudierendenvertreterInnen, der Lehrenden und Angestellten; Ausbau der studentischen Selbstverwaltung und ihrer Befugnisse) Desweiteren fordern wir: - Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche - kostenfreie Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen

Aktualisiert Donnerstag, 25. Mai 2006

Veranstaltungsankündigung: "Die Eigentore der Beherrschten" - eine Einführung in die kritische Sporttheorie

Zur Fußball-Weltmeisterschaft "im eigenen Land" rückt der Sport auch wieder in den Blickpunkt der deutschen Linken. Viel wird in linken Publikationen zum Thema geschrieben, in der Szene wird viel über den Umgang mit dem Großereignis WM diskutiert.

Anlass genug, eine in Vergessenheit geratene Diskussion aus den frühen 1970ern ins Gedächtnis zurückzurufen. Anlässlich der Olympischen Spiele in München beschäftigten sich an der Kritischen Theorie v.a. Adornos, aber auch des jungen Habermas orientierte Theoretikerinnen wie Ulrike Prokop, Gerhard Vinnai und Bero Rigauer mit der Frage, welche Funktion der Sport in kapitalistischen Gesellschaften einnimmt. Einige ihrer Hauptthesen sollen in einem Vortrag vorgestellt und anschließend - auch auf ihre aktuelle Gültigkeit hin - diskutiert werden. So wiesen sie beispielsweise auf die enge Verflechtung von Arbeit und Sport (auf eine Unterscheidung zwischen Spitzen- und Breitensport wird aus gutem Grund verzichtet), die Warenförmigkeit der Sportproduktion und die individuelle Selbstverleugnung der SportlerInnen hin. Vinnai arbeitete die Rolle des Sports als Ersatzbefriedigung im Leben der entsubjektivierten Subjekte heraus und zeigte die Wichtigkeit des Sports bei der Erziehung v.a. junger Männer zu konformen Staatsbürgern auf.

Am Donnerstag den 8.6.2006 um 20 uhr im ivi

Vom "Lucky Strike" zu "Französischen Verhältnissen"

Oder: was ist aus vergangenen Studierendenstreiks zu lernen?

Ausgehend von der Frage, was das denn ist, studentischer Streik -oftmals kann das gar nicht mal so falsche Argument gehört werden, die Studierenden hätten doch gar keine Produktion, die sie lahm legen könnten - soll anhand des Streiks 1997 erörtert werden, vor welche Probleme und Aufgaben sich jede studentische Protestbewegung immer von Neuem gestellt sieht. Es soll so ein kleiner Beitrag gegen die "Geschichtslosigkeit" dieser Proteste geleistet werden, um immer wieder auftauchende Muster und Probleme zu benennen und mit den Erfahrungen aus früheren Kämpfen evtl. besser lösen zu können.

Donnerstag 6. Juni 2006, 20h, KOZ

Kein Nazi-Aufmarsch am 17. Juni in Frankfurt!

Am 17. Juni wollen die "Freien Nationalisten Rhein Main" und Teile der NPD in Frankfurt-Sachsenhausen demonstrieren. Der Demonstrationsaufruf ist offen antisemitisch und von nationalsozialistischen Sprachmustern geprägt. Frankfurt wird "als Stadt der Börse und der Banken" und in diesem Zusammenhang als "Jerusalem am Main" bezeichnet. Anlass für die nationalsozialistische Demo ist das WM-Spiel Portugal-Iran am selben Tag. Die Nazis beziehen sich in ihren Aufruf positiv auf den Antisemitismus und die Holocaustleugnung des islamistischen Regimes im Iran. Falls die NS-Demo nicht verboten wird, rufen die Anti-Nazi-Koordination und autonome Antifa-Gruppen zur Verhinderung der Nazi-Demo auf.

Neo-Nazis wollen für Ahmadinedschad demonstrieren (Hagalil):
<http://www.hagalil.com/archiv/2006/05/wm.htm>

Übernommen von antifa.frankfurt.org

Das Institut für vergleichende Irrelevanz (kurz "ivi"), das sich auf dem Campus Bockenheim im Kettenhofweg 130 befindet, existiert seit mittlerweile fast zwei Jahren. Im Dezember 2003 wurde es von ca. 300 Studierenden nach einer Vollversammlung im Rahmen des Uni-Streiks gegen Studiengebühren und Hochschulmodularisierung gegründet. Damit wurde ein Raum eröffnet, der Studierenden, Lehrenden und allen Interessierten Möglichkeiten bietet unabhängig vom regulären Hochschulbetrieb eigene Veranstaltungen zu machen. Seit dem sind diverse Gruppen und Initiativen im Haus aktiv, die ein vielfältiges kulturelles Programm anbieten. Das Angebot erstreckt sich über Lesekreise, autonome Tutorien, Kino, Kneipe, Konzerte, Vorträge, Ausstellungen bis hin zu Partys. Das ivi ist somit sowohl ein sozialer Treffpunkt als auch ein Ort, an dem kritische Wissenschaften einen Platz finden. Wer über das genauere Programm informiert werden möchte kann zum einen die Homepage besuchen: www.irrelevanz.tk oder www.copyriot.com/raumspiel, oder sich in den Newsletter eintragen: Dazu schickt ihr eine leere Email an kette130@gmx.net, dann werdet ihr in den Info-Verteiler aufgenommen.

mit

